

Einzelplan 03

Ministerpräsident, Staatskanzlei

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramm Nettoausgaben nach Ausgabearten	4
Kap. 03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei	5
Kap. 03 03 Minderheiten und Grenzverbände	13
Kap. 03 04 Landesplanung, Landesentwicklung	20
Kap. 03 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP	26
Einnahmen und Ausgaben 2017	32
VE-Abschluss 2017	34
Einnahmen MG/TG 2017	35
Ausgaben MG/TG 2017	36
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 0304	37
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 0312	38
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	41

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Dem **Ministerpräsidenten** steht zur Erledigung seiner Aufgaben die **Staatskanzlei** zur Verfügung.

Dem Geschäftsbereich obliegen im Besonderen die

- Erarbeitung der Grundlagen für die Richtlinien der Regierungspolitik
- Koordinierung der Tätigkeit der Ministerinnen und Minister in der Landesgesetzgebung und in der mittel- und langfristigen Planung
- Aufgaben des zentralen IT-Managements (ZIT) sowie des Chief Information Officer (CIO) und Aufgaben der zentralen Organisations- und Personalentwicklung sowie des Chief Operation Officer (COO)
- Vorbereitung der Entscheidungen des Ministerpräsidenten nach Artikel 31 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein
- Angelegenheiten der nationalen Minderheiten und die Grenzlandarbeit
- Behandlung der protokollarischen und auswärtigen Angelegenheiten
- Information der Medien und die Öffentlichkeitsarbeit
- Aufgaben der Landesplanung und Raumordnung

Der Geschäftsbereich gliedert sich wie folgt:

Abteilung 2 Ressortkoordinierung, Kabinetts- und Landtagsangelegenheiten,
Ministerpräsidentenkonferenz, Protokoll, Reden und Texte,

Abteilung 3 Landesplanung, Personal, Haushalt,

Abteilung 4 Zentrale IT-, Organisations- und Personalentwicklung sowie

Presse- und Informationsstelle der Landesregierung.

Dem Ministerpräsidenten untersteht als Landesoberbehörde das Dienstleistungszentrum Personal (Landesverordnung über die Errichtung des Finanzverwaltungsamtes Schleswig-Holstein vom 12. März 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 90), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. November 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 429)).

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Keine

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Keine

D. Leerstellen

- ohne kostenwirksame Leerstellen -

Kap.	01.02.2016
0301	5
0312	11

Diese Leerstellen sind in den Kapiteln und im Gesamtabschluss nicht enthalten.

E. Personalbudget

Personalbudget 2017 in T€: 30.224,7

Anzahl Vollzeitäquivalente im Jahr 2016: 483

Nachrichtlich:

1. Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
 - a) Anzahl Stand 01.01.2015 42
 Stand 01.01.2016 46
 - b) Ist 2015 - in T€ - : 1.997,1
 Soll 2016 - in T€ - : 2.033,9
 Soll 2017 - in T€ - : 2.320,1

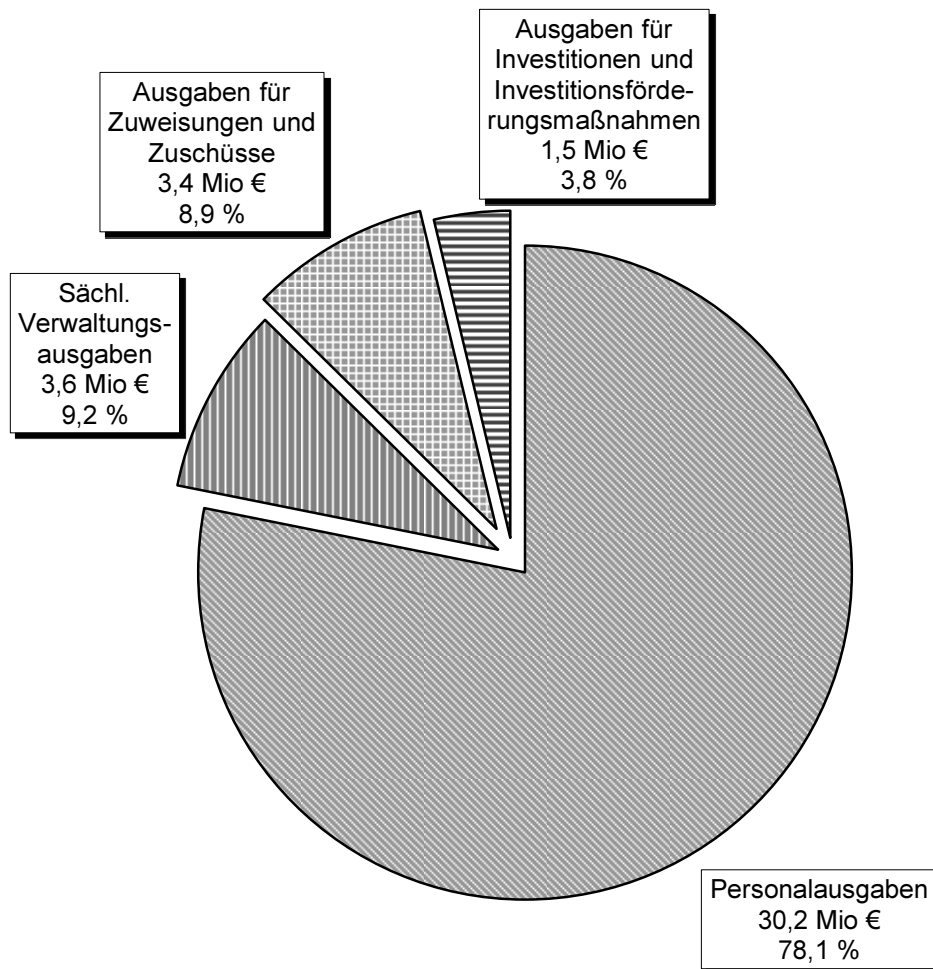
2. Vor der regulären Pensionsaltersgrenze vorzeitig in Ruhestand versetzte Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
 - a) Anzahl in 2015 0
 - b) durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären Pensionsaltersgrenze -

3. Schwerbehinderte Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 2015)

Arbeitsplätze nach dem SGB IX	203
Pflichtquote (5 %)	10
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	13

	2016	2017
	- in T € -	
Budget I	33.086,0	33.817,8
Budget II	4.651,1	4.881,2

Einzelplan 03 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2017



03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Das Kapitel 03 01 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

63 Zentrales IT-Management

64 Projekt "Kooperation Personaldienste Schleswig-Holstein und Freie und Hansestadt Hamburg"

Die Ausgaben der Hauptgruppen 4 bis 8, mit Ausnahme des Titels 0303 - 684 05, sind im Einzelplan 03 innerhalb der Hauptgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Darüber hinaus sind im Einzelplan 03 mit Ausnahme des Kapitels 0312 und der Titelgruppe 71 des Kapitels 0304 die Ausgaben der Hauptgruppe 4 einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 5, 6 und 8, die Ausgaben der Hauptgruppe 5 einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 6 und 8 sowie die Ausgaben der Hauptgruppe 6 einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppe 8.

Mehrausgaben dürfen durch Mehreinnahmen gedeckt werden.

Abweichend von § 19 Abs. 1 LHO sind alle Ausgaben des Kapitels übertragbar.

Ausgabereste dürfen auch dann gebildet werden, wenn die Voraussetzungen von § 45 Abs. 3 Satz 1 und 2 LHO nicht erfüllt sind.

Nicht verbrauchte Ausgaben können am Jahresende in eine Rücklage eingestellt werden (Personal- und Sachhaushalt).

Einnahmen

119 03	011	Ablieferungen aus Nebentätigkeiten	3,0	3,0
			0,0	
119 99	011	Vermischte Einnahmen	10,0	10,0
			4,4	
281 01	011	Kostenbeteiligungen an Veranstaltungen und Bewirtungen	11,0	11,0
			7,7	
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei Titel 529 02 zur Verfügung.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage "Sabbatjahr"	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei den Titeln 422 01 und 428 01 zur Verfügung (vgl. Erläuterung zu Titel 916 05).		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage für Personalausgaben	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für zusätzliche Personalausgaben zur Verfügung (vgl. Titel 422 01 und 428 01).		
359 02	851	Entnahme aus der Rücklage für Sachausgaben	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für zusätzliche Sachausgaben zur Verfügung (vgl. Titel 511 01).		
359 03	851	Entnahme aus der Rücklage für das Projekt "KoPers"	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben in der TG 64 zur Verfügung.		
382 01	891	Einnahmen aus Spenden	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 982 01 zu verwenden.		

Summe der Einnahmen	24,0	24,0
	12,1	

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Ausgaben

412 01	011	Aufwandsentschädigung für die Minderheitenbeauftragte	11,8 11,7	11,8
421 01	011	Bezüge des Ministerpräsidenten	155,0 159,9	155,0
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.022,3 6.409,2	5.354,6
<p>Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0301-356 05 geleistet werden. Außerdem dürfen Mehrausgaben zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0301-359 01 geleistet werden, sofern diese Einnahmen nicht bei Titel 0301-428 01 verwendet werden.</p> <p>Erläuterungen: 50,0 T€ übertragen von Titel 0301-422 63 (TG 63).</p>				
427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0	0,0
<p>Erläuterungen: Vorsorglicher Leertitel.</p>				
427 04	011	Vergütungen für studentische Hilfskräfte	0,0 0,0	0,0
<p>Erläuterungen: Vorsorglicher Leertitel.</p>				
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.003,9 4.317,8	3.985,4
<p>Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0301-356 05 geleistet werden. Außerdem dürfen Mehrausgaben zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0301-359 01 geleistet werden, sofern diese Einnahmen nicht bei Titel 0301-422 01 verwendet werden.</p> <p>Erläuterungen: 50,0 T€ übertragen von Titel 0312-428 01. 85,0 T€ übertragen von Titel 1301-428 01. 11,5 T€ übertragen von Titel 1111-461 01.</p>				
429 01	011	Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen	1.992,7 0,0	1.992,7
<p>Erläuterungen: Seit dem Haushaltsjahr 2013 werden die aus dem Einzelplan 11 (vgl. Titel 1111-461 01) in die Ressorteinzelpläne umgesetzten Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen auf einem gesonderten Titel der Gruppe 429 im Kapitel 01 der Einzelpläne ausgewiesen. Weitere Mittel werden ggf. bedarfsgerecht im Haushaltsvollzug umgesetzt.</p> <p>1.422,7 T€ übertragen von Titel 0501-429 01.</p>				
443 01	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	1,0 0,5	1,0
453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	2,0 0,2	2,0
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	150,0 118,3	160,0
<p>Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0301-359 02 geleistet werden.</p>				

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2017 EUR
1.	Büromaterial	35.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	41.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	3.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	35.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	16.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	24.500
7.	Unterhaltung von Geräten	5.000
8.	Sonstiges	500
Summe		160.000

514 01	011	Dienst- und Schutzkleidung	0,5 0,3	0,5
517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	85,0 83,3	190,0

Erläuterungen:

In Betracht kommen:

Drei verwaltungseigene Gebäude (Düsternbrooker Weg 104, Haus B und Teilnutzung der Liegenschaft Niemansweg 220)

Veranschlagt sind:

		2017 EUR
1.	Heizung	0
2.	Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	0
4.	Pförtnerdienste	157.000
5.	Sonstiges	33.000
Summe		190.000

518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	33,0 31,6	40,0
---------------	------------	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für elf Kopiergeräte.

525 01	011	Aus- und Fortbildungskosten einschließlich Reisekosten	37,0 32,9	45,0
---------------	------------	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind einschließlich Reisekosten:

		2017 EUR
1.	Führungskräftefortbildungen	11.000
2.	Fachbereichsfortbildungen	28.000
3.	Spezialfortbildungen	6.000
Summe		45.000

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	60,0 259,5	60,0
---------------	------------	--------------------------------------	----------------------	-------------

526 02	011	Besondere Aufwendungen für die Minderheitenbeauftragte und für den Landesplanungsrat	4,5 2,8	4,5
---------------	------------	---	-------------------	------------

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 526 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind besondere Aufwendungen für:

		2017 EUR
1.	Aufwendungen für die Minderheitenbeauftragte	3.500
2.	Aufwendungen für den Landesplanungsrat	1.000
Summe		4.500

526 04	011	Arbeitsmedizinische Betreuung und ärztliche Untersuchungen	7,0	10,0
			10,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die arbeitsmedizinische Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei sowie für amts- und fachärztliche Untersuchungen und für Maßnahmen des Gesundheitsmanagements.

526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	50,0	55,0
			258,7	

Erläuterungen:

Vorgesehen u.a. für Honorare für Forschungsaufträge, Gutachten und Übersetzungen sowie die Kosten in Zusammenhang mit externen Beratern der Landesregierung.

5,0 T€ werden dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein jährlich für das Dialogforum Fehmarnbelt-Querung zur Verfügung gestellt.

527 01	011	Reisekostenvergütungen	105,0	105,0
			100,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2017 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	75.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	29.000
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	1.000
Summe		105.000

529 02	011	Repräsentationsmittel	315,0	315,0
			274,7	

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 281 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen.

Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen.

Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.

Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über die Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

Veranschlagt sind:

		2017 EUR
1.	Allgemeine Repräsentationsmittel	236.800
2.	Repräsentationsmittel Kieler Woche	30.000
3.	Repräsentationsmittel für auswärtige Beziehungen und Partnerschaften	29.500
4.	Repräsentationsmittel für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	18.700
Summe		315.000

531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	57,5	57,5
			55,4	

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
531 03	013	Kommunikation in Krisensituationen	200,0 0,0	0,0
		weggefallen.		
533 01	011	Internetkampagne "Das Schleswig-Holstein Lexikon" zum 70-jährigen Bestehen des Landes Schleswig-Holstein	100,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für die Internetkampagne "Das Schleswig-Holstein Lexikon" aus Anlass des 70-jährigen Bestehens des Landes Schleswig-Holstein.		
533 02	011	Veranstaltungskosten anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Landes Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0
		Einseitig deckungsfähig zu Lasten 0301-685 01. Erläuterungen: Veranschlagt für Veranstaltungen anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Landes Schleswig-Holstein. Die Veranstaltungen finden im Rahmen der Landesgartenschau 2016 in Eutin statt.		
533 03	011	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen	0,0 0,0	0,0
533 98	011	Planungskosten für nicht realisierte Unterbringungsuntersuchungen	0,0 0,0	0,0
		Vorsorglicher Leertitel.		
534 02	011	Orden und Ehrenzeichen	13,0 10,1	16,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten der Beschaffung von Insignien und Urkunden für die staatlichen Auszeichnungen durch den Ministerpräsidenten.		
534 05	011	Mitgliedsbeitrag des Ministerpräsidenten für die Mitgliedschaft im Förderverein Kieler Woche e.V.	5,2 5,2	5,2
		Erläuterungen: Ziel des Vereins zur Förderung der Kieler Woche ist es, für die Kieler Woche zu werben und Veranstaltungen von hohem Niveau zu fördern. Dies soll durch die Mitgliedschaft des Ministerpräsidenten unterstützt werden.		
535 02	011	Zukunftsentwicklung des Landes Schleswig-Holstein	0,0 169,1	0,0
536 01	011	Tag der Deutschen Einheit	52,5 0,0	67,5
		Erläuterungen: Veranschlagt für die Kosten des Landes Schleswig-Holstein für die Präsentation auf der Ländermeile anlässlich des Bürgerfestes zum Tag der Deutschen Einheit und für vorbereitende Arbeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2019 in Schleswig-Holstein.		
546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-träge	10,0 10,7	10,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2017
				EUR
1.		Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		500
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		4.400
3.		Auslagen für Vorstellungsreisen		100
4.		Sonstige vermischte Ausgaben		5.000
		Summe		10.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spenden an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
681 01	011	Hilfen zur Linderung von Notständen in besonderen Härtefällen ("Sozialfonds") Gegenseitig deckungsfähig mit 0301-684 02. Erläuterungen: Unterstützt werden können in Not geratene Menschen, die einen Anspruch auf Hilfe nicht bereits aufgrund anderer gesetzlicher Bestimmungen haben.	25,0 19,7	25,0
684 02	011	Zuwendungen des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf minderheitenpolitischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet ("Verfügungsfonds") Gegenseitig deckungsfähig mit 0301-681 01.	35,0 34,8	35,0
685 01	011	Festveranstaltungen im Rahmen des 70-jährigen Bestehens des Landes Schleswig-Holstein Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0301-533 02. Erläuterungen: Veranschlagt für Veranstaltungen anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Landes Schleswig-Holstein. Die Veranstaltungen finden im Rahmen der Landesgartenschau 2016 in Eutin statt.	150,0 0,0	0,0
685 02	011	Zuschüsse zur Stärkung der Medienkompetenzförderung in Schleswig-Holstein Erläuterungen: Veranschlagt zur Stärkung der Medienkompetenzförderung in Schleswig-Holstein als ein Ziel der Digitalen Agenda. Die Mittel dienen insbesondere dem Offenen Kanal Schleswig-Holstein zur Durchführung und Fortentwicklung erfolgreicher Projekte wie z.B. KinderMedienKarte, JugendHandyLotse, ElternMedienLotse und MedienErzieher. Darüber hinaus sollen Maßnahmen Dritter wie z.B. Lübeck Kompetent mit Medien und Flensburg Winter School gefördert werden. Der Offene Kanal Schleswig-Holstein soll außerdem die Organisationsstrukturentwicklung bei Akteuren weiterbetreiben und auch im Rahmen des Netzwerks Medienkompetenz u.a. mit IQSH und Landesverband der Volkshochschulen verstärken.	0,0 0,0	350,0
812 01	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen Erläuterungen: Veranschlagt für die Neubeschaffung eines Röntgenprüfsystems.	200,0 9,1	30,0
916 05	851	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr" Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei den Titeln 422 01 und 428 01 geleistet werden.	0,0 10,1	0,0
919 01	851	Zuführung zu einer Rücklage für Personalausgaben Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei der Obergruppe 42 geleistet werden.	0,0 0,0	0,0
919 02	851	Zuführung zu einer Rücklage für Sachausgaben Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppen 4, 5 und 6 geleistet werden.	0,0 0,0	0,0
972 01	881	Globale Minderausgabe	0,0 0,0	0,0
972 06	881	Globale Minderausgabe 2016	-88,7 0,0	0,0
982 01	891	Hilfen aus zweckgebundenen Spenden Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 382 01 geleistet werden.	0,0 0,0	0,0
63		Zentrales IT-Management Erläuterungen: Veranschlagt sind die Personalausgaben für das Zentrale IT-Management Schleswig-Holstein (ZIT) inklusive Chief Information Officer (CIO).		

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
422 63 (TG 63)	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten Erläuterungen: 200,0 T€ übertragen von Titel 0401-422 01. 50,0 T€ übertragen nach Titel 0301-422 01. 60,0 T€ übertragen von Titel 0301-422 64 (TG 64).	1.093,3 0,0	1.053,3
428 63 (TG 63)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Erläuterungen: 350,0 T€ übertragen von Titel 0401-428 01.	1.127,0 0,0	1.487,0
453 63 (TG 63)	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0 0,0	0,0
Summe der Titelgruppe 63			2.220,3 0,0	2.540,3
64 Projekt "Kooperation Personaldienste Schleswig-Holstein und Freie und Hansestadt Hamburg"				
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe. Erstattungen Dritter sind von den Ausgaben abzusetzen. Mehrausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0301-359 03 geleistet werden.				
Erläuterungen: Veranschlagt sind die Personalausgaben auf Grund des Verwaltungsabkommens vom 29. Januar 2009 zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Einsetzung eines gemeinsamen Projekts "Kooperation zur Neuausrichtung der IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben in der FHH und in SH" (KoPers).				
422 64 (TG 64)	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten Erläuterungen: 60,0 T€ übertragen nach Titel 0301-422 63 (TG 63).	1.054,4 1.016,9	994,4
427 64 (TG 64)	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0	0,0
428 64 (TG 64)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	686,8 866,8	686,8
453 64 (TG 64)	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0 0,0	0,0
919 64 (TG 64)	851	Zuführung zu einer Rücklage für das Projekt "KoPers" Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei der Titelgruppe 64 geleistet werden.	0,0 0,0	0,0
Summe der Titelgruppe 64			1.741,2 1.883,7	1.681,2
Summe der Ausgaben			16.756,7 14.280,8	17.305,2

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	13,0 4,4	13,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	11,0 7,7	11,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			24,0 12,1	24,0
41 - 49		Personalausgaben	15.150,2 12.783,0	15.724,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.285,2 1.424,1	1.141,2
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	210,0 54,5	410,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	200,0 9,1	30,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	-88,7 10,1	0,0
Gesamtausgaben			16.756,7 14.280,8	17.305,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-16.732,7 -14.268,7	-17.281,2

03 03 Minderheiten und Grenzverbände

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Das Kapitel 03 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Deutsche Minderheit in Dänemark
- 02 Dänische Minderheit
- 03 Friesen
- 04 Sinti und Roma

Die Ausgaben der Hauptgruppen 4 bis 8, mit Ausnahme des Titels 0303 - 684 05, sind im Einzelplan 03 innerhalb der Hauptgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Darüber hinaus sind im Einzelplan 03 mit Ausnahme des Kapitels 0312 und der Titelgruppe 71 des Kapitels 0304 die Ausgaben der Hauptgruppe 4 einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 5, 6 und 8, die Ausgaben der Hauptgruppe 5 einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 6 und 8 sowie die Ausgaben der Hauptgruppe 6 einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppe 8.

Mehrausgaben dürfen durch Mehreinnahmen gedeckt werden.

Abweichend von § 19 Abs. 1 LHO sind alle Ausgaben des Kapitels übertragbar.

Ausgabereste dürfen auch dann gebildet werden, wenn die Voraussetzungen von § 45 Abs. 3 Satz 1 und 2 LHO nicht erfüllt sind.

Nicht verbrauchte Ausgaben können am Jahresende in eine Rücklage eingestellt werden (Personal- und Sachhaushalt).

Einnahmen

231 02	187	Zuweisung des Bundes zur Förderung der Kulturarbeit der friesischen Volksgruppe	0,0 340,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Titel 686 03 Maßnahmegruppe 03 zu verwenden.		
231 03	011	Zuweisung des Bundes zur Förderung des Europäischen Zentrums für Minderheitenangelegenheiten	0,0 249,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Titel 686 07 zu verwenden.		
331 02	187	Zuweisung des Bundes für das Projekt "Errichtung eines Kulturzentrums der dänischen Minderheit in Rendsburg-Büdelorsdorf"	0,0 49,5	0,0
		weggefallen.		
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 894 02 Maßnahmegruppe 02 zu verwenden.		
331 03	187	Zuweisung des Bundes für den Anbau des Nordfriesischen Instituts in Bredstedt	0,0 399,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 894 03 Maßnahmegruppe 03 zu verwenden.		
331 04	187	Zuweisung des Bundes für die Modernisierungs- und Brandschutzmaßnahmen des "Skipperhuset" in Tönning	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 894 04 Maßnahmegruppe 02 zu verwenden.		
381 01	187	Einnahmen aus der Zweckabgabe zur Förderung des Verbandes deutscher Sinti und Roma, Landesverband Schleswig-Holstein	283,0 262,8	291,1

Erläuterungen:

Gemäß § 8 Abs. 4 Gesetz zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster GlüÄndStV AG) vom 1. Februar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 64) bzw. § 34 Abs. 4 Gesetz zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz) vom 20. Oktober 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 280), beide zuletzt geändert durch das Gesetz zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes vom 15. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 493) werden aus den Einnahmen aus Lotteriezweckabgaben Mittel zur Förderung des Verbandes deutscher Sinti und Roma, Landesverband Schleswig-Holstein bereitgestellt.

Siehe Titel 1111-981 08 MG 02.

Einnahmen stehen für Ausgaben bei Titel 0303-686 08 Maßnahmegruppe 04 zur Verfügung.

03 03 Minderheiten und Grenzverbände

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Summe der Einnahmen

283,0
1.300,3

291,1

03 03 Minderheiten und Grenzverbände

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Ausgaben

684 03	011	Zuwendungen des Ministerpräsidenten an überstaatliche Organisationen Europäischer Minderheiten und Volksgruppen	33,0	33,0
			30,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist eine institutionelle Förderung für die "Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) in Höhe von 23,0 T€ sowie eine institutionelle Förderung für die "Jugend Europäischer Volksgruppen" (JEV) in Höhe von 10,0 T€. Die FUEV bezweckt die Erhaltung der Identität, Sprache und Kultur nationaler Minderheiten und Volksgruppen. Sie unterstützt die Arbeit der Vereinten Nationen und des Europarats zur Sicherung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Sitz des Generalsekretariats ist Flensburg. Seit 2015 unterhält die FUEV ein Büro unter dem Dach des Hanse-Office in Brüssel. Die JEV ist das größte Netzwerk von Jugendorganisationen der europäischen Minderheiten.

684 04	011	Zuwendung an die "Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) für das Projektbüro "Haus der Minderheiten - Europäisches Informations- und Dokumentationszentrum" in Flensburg	0,0	0,0
			94,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Ko-Finanzierung des Landes Schleswig-Holstein für das INTERREG 4A Projekt "Haus der Minderheiten". Träger dieses Projektes ist die "Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) als Leadpartner. Weitere Partner sind der Südschleswigsche Verein (SSF) sowie der Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN).

684 05	011	Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein im Rahmen des Bund-Länder-Programms des BMZ zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern sowie der Krisenbewältigung und -prävention im Zusammenhang mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik	100,0	100,0
			0,0	

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein im Rahmen einer Kofinanzierung mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern sowie der Krisenbewältigung und -prävention.

686 01	187	Zuwendungen an den ADS-Grenzfriedensbund e. V. Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig	725,9	725,9
			725,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuwendungen zur institutionellen Förderung des ADS-Grenzfriedensbund e.V. Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig. Der Verein erhält weitere Mittel vom Bund, den Gemeinden und den Gemeindeverbänden. Er unterhält u.a. vier Schullandheime, drei Jugendfreizeiteinrichtungen, neunundzwanzig Kindergärten, einen Hort und eine Familienbildungsstätte (Haus der Familie) mit mehreren Stadtteilbüros und Projekten.

686 07	187	Zuwendung an das Europäische Zentrum für Minderheitenangelegenheiten (ECMI)	205,0	213,0
			454,0	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 03 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Arbeit des Europäischen Zentrums für Minderheitenangelegenheiten (European Centre for Minority Issues (ECMI)), um in europäischer Zusammenarbeit durch Forschung, Informationstätigkeit und Beratung einen Beitrag zur Lösung der Probleme von nationalen Minderheiten und traditionellen Volksgruppen in Europa zu leisten. Das ECMI ist am 29.01.1998 als Stiftung des bürgerlichen Rechts mit dem Sitz in Flensburg gegründet worden. Stifter sind das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland und das Land Schleswig-Holstein. Die anteilige Finanzierung der Stiftung durch die deutsche Seite ist in dem Verwaltungsabkommen vom 29.01.1998 geregelt worden (Verhältnis 50%, 27%, 23%). Durch die Verfahrensregeln des ECMI ist der Stiftung die Bildung von Rücklagen aus nicht verbrauchten Mitteln der institutionellen Förderung zugestanden worden. Die Rücklagen sind in den nächsten Haushaltsjahren (mittelfristig) aufzulösen.

Erhöhung um 8,0 T€ bedingt durch die Aufstockung des Haushaltsansatzes des Bundes für das ECMI. In der Folge steigen die Ansätze der Stifter Königreich Dänemark und Land Schleswig-Holstein.

01 Deutsche Minderheit in Dänemark

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 0708-684 01.

03 03 Minderheiten und Grenzverbände

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein beabsichtigt den erneuten Abschluss eines Zuwendungsvertrages mit dem Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN), der die Förderung und Finanzierung der deutschen Volksgruppe und ihrer Aufgaben im Landesteil Nordschleswig für den Zeitraum 2017 bis 2020 zum Gegenstand hat. Der Zuwendungsvertrag umfasst die Titel 0303-687 03 MG 01, 0303-893 01 MG 01 und 0708-684 01.

Dieser Vertrag umfasst die folgenden Bereiche:

- Zuschüsse an die deutschen Schulen in Nordschleswig
- Kulturarbeit und Büchereiwesen der deutschen Minderheit in Nordschleswig
- Jugend- und Sportarbeit der deutschen Minderheit in Nordschleswig
- Einrichtung und Unterhaltung von Kindergärten, -horten und -heimen in Nordschleswig
- Zuschuss für Investitionen
- Landeszuwendung an kleine Kirchen und kirchliche Organisationen, hier: Nordschleswigsche Gemeinde Tinglev

Diese werden zu einer institutionellen Festbetragsfinanzierung zusammengefasst.

687 03	024	Zuwendungen an den Bund Deutscher Nordschleswiger	353,2	353,2
(MG 01)			353,2	
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)		2017
		Neuverpflichtung insgesamt		1.062
		Davon fällig Haushaltsjahr 2018		354
		Davon fällig Haushaltsjahr 2019		354
		Davon fällig Haushaltsjahr 2020		354
		Davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff		
893 01	024	Zuschuss für Investitionen an den Bund Deutscher Nordschleswiger	46,0	46,0
(MG 01)			46,0	
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)		2017
		Neuverpflichtung insgesamt		138
		Davon fällig Haushaltsjahr 2018		46
		Davon fällig Haushaltsjahr 2019		46
		Davon fällig Haushaltsjahr 2020		46
		Davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff		
Summe der Maßnahmegruppe 01			399,2	399,2
			399,2	

02 Dänische Minderheit

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

684 21	187	Kulturelle Arbeit der dänischen Minderheit	491,0	491,0
(MG 02)			491,0	

Erläuterungen:

Der Landeszuschuss wird für Theater, Konzerte, Laienmusikpflege und Veranstaltungen der Erwachsenenbildung verwendet. Empfänger ist das Dansk Generalsekretariat. Davon werden 30,0 T€ zur Förderung des dänischen landwirtschaftlichen Vereins und 5,0 T€ zur Förderung des Projekts "De unge i Slesvig" veranschlagt.

894 02	187	Zuwendung für die Errichtung eines Kulturzentrums der dänischen Minderheit in Rendsburg-Büdelisdorf	0,0	0,0
(MG 02)			49,5	

weggefallen.

Erläuterungen:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien beteiligt sich am Bau eines Dänischen Kulturzentrums in Rendsburg-Büdelisdorf mit bis zu 900,0 T€. Die Maßnahme ist für einen Zeitraum von 2010 bis 2015 vorgesehen.

894 04	187	Zuwendung für die Modernisierungs- und Brandschutzmaßnahmen des "Skipperhuset" in Tönning	0,0	0,0
(MG 02)			0,0	

03 03 Minderheiten und Grenzverbände

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 894 04

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 04 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien beteiligt sich an den Kosten für Modernisierungs- und Brandschutzmaßnahmen des "Skipperhuset" in Tönning mit bis zu 150,0 T€ jährlich. Die Maßnahme ist für einen Zeitraum von 2016 bis 2021 vorgesehen.

894 05	187	Zuwendung für die Renovierung eines Speichergebäudes des Südschleswigschen Vereins in Flensburg zur Etablierung als "Haus der Minderheiten"	0,0	50,0
(MG 02)			0,0	
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)		2017
		Neuverpflichtung insgesamt		446
		Davon fällig Haushaltsjahr 2018		200
		Davon fällig Haushaltsjahr 2019		200
		Davon fällig Haushaltsjahr 2020		46
		Davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die vorgesehene Einrichtung eines europäischen Informations-, Dokumentations- und Dialogzentrums für Minderheitenfragen in einem Speichergebäude des Südschleswigschen Vereins neben dem Flensborghus. Ziel ist eine gemeinsame deutsch-dänische Finanzierung für die Instandsetzung bis 2020. Auf deutscher Seite sind neben dem Land Schleswig-Holstein die Bundesregierung und die Stadt Flensburg an der Finanzierung beteiligt.

Summe der Maßnahmegruppe 02	491,0	541,0
	540,5	

03 Friesen

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

684 23	187	Nordfriesisches Institut e. V.	426,0	438,8
(MG 03)			360,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die besondere Pflege der friesischen Sprache und Kultur sowie ihre wissenschaftliche Erforschung durch das im Jahre 1965 errichtete Institut.
Mit dem Nordfriesischen Institut wurde eine Ziel- und Leistungsvereinbarung für den Zeitraum 2014-2017 geschlossen.

686 03	187	Kulturarbeit der friesischen Volksgruppe	71,3	71,3
(MG 03)			411,3	

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für die Förderung der friesischen Kultur- und Spracharbeit der friesischen Vereine und Institutionen. Institutionelle Förderung erhalten der Nordfriesische Verein e.V. und die Friisk Foriining e.V jeweils in Höhe von 25,6 T€. Daneben sollen friesische Projekte und Publikationen gefördert werden.

686 04	187	Zuwendung an den Friesenrat	15,0	15,0
(MG 03)			15,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Personalkostenzuschuss für die Geschäftsstelle des Friesenrates.

894 03	187	Zuwendung des Bundes für den Erweiterungsbau des Nordfriesischen Instituts in Bredstedt	0,0	0,0
(MG 03)			399,0	

Ausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0303-331 03 geleistet werden.

Summe der Maßnahmegruppe 03	512,3	525,1
	1.185,5	

03 03 Minderheiten und Grenzverbände

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
04 Sinti und Roma				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
686 05 (MG 04)	187	Kulturarbeit der Nationalen Minderheit Sinti und Roma	17,9 17,9	17,9
Erläuterungen:				
Veranschlagt für die Förderung der Kultur- und Spracharbeit der Sinti und Roma. Gewährt werden Zuschüsse für Projekte und Publikationen.				
686 06 (MG 04)	187	Förderung der Beratung für Sinti und Roma	216,5 216,5	216,5
Erläuterungen:				
Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten einer Beratungsstelle, die dazu beitragen soll, die Lebensbedingungen der nationalen Minderheit der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein zu verbessern. Die Mittel werden auch verwendet für die Betreuung von Kindern von Sinti und Roma durch den Einsatz von Erziehungshelferinnen/Erziehungshelfern (Mediatorinnen/Mediatoren).				
686 08 (MG 04)	187	Förderung des Verbandes deutscher Sinti und Roma, Landesverband Schleswig-Holstein	283,0 177,9	291,1
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0303-381 01 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Die Zuwendung an den Verband deutscher Sinti und Roma, Landesverband Schleswig-Holstein ist insbesondere dafür bestimmt, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit über die deutschen Sinti und Roma zu verstärken und eine landesweit wirksame, vielfältige und niederschwellige soziale Beratung für Sinti und Roma zu ermöglichen.				
Summe der Maßnahmegruppe 04			517,4 412,3	525,5
Summe der Ausgaben			2.983,8 3.841,8	3.062,7

03 03 Minderheiten und Grenzverbände

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
Abschluss				
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 589,0	0,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	0,0 448,5	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	283,0 262,8	291,1
Gesamteinnahmen			283,0 1.300,3	291,1
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	2.937,8 3.347,3	2.966,7
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	46,0 494,5	96,0
Gesamtausgaben			2.983,8 3.841,8	3.062,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.700,8 -2.541,5	-2.771,6

03 04 Landesplanung, Landesentwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Das Kapitel 03 04 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

Ausgaben

71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

Die Ausgaben der Hauptgruppen 4 bis 8, mit Ausnahme des Titels 0303 - 684 05, sind im Einzelplan 03 innerhalb der Hauptgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Darüber hinaus sind im Einzelplan 03 mit Ausnahme des Kapitels 0312 und der Titelgruppe 71 des Kapitels 0304 die Ausgaben der Hauptgruppe 4 einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 5, 6 und 8, die Ausgaben der Hauptgruppe 5 einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 6 und 8 sowie die Ausgaben der Hauptgruppe 6 einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppe 8.

Mehrausgaben dürfen durch Mehreinnahmen gedeckt werden.

Abweichend von § 19 Abs. 1 LHO sind alle Ausgaben des Kapitels übertragbar.

Ausgabereste dürfen auch dann gebildet werden, wenn die Voraussetzungen von § 45 Abs. 3 Satz 1 und 2 LHO nicht erfüllt sind.

Nicht verbrauchte Ausgaben können am Jahresende in eine Rücklage eingestellt werden (Personal- und Sachhaushalt).

Im Kapitel 0304 sind, mit Ausnahme der Titelgruppe 71, die Kosten für die Erarbeitung/Beschaffung von Planungsgrundlagen, die Erarbeitung und Veröffentlichung von Raumordnungsberichten, die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und der Regionalpläne, der Neuaufstellung der Teilpläne zur Ausweisung von Windenergieeignungsflächen, Maßnahmen zur Regionalentwicklung sowie die Durchführung von Raumordnungskonferenzen/-workshops zusammengefasst.

Deckungsfähig innerhalb des Kapitels mit Ausnahme der Titelgruppe 71.

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 119 06, 231 06 und 271 07 geleistet werden. Ausgenommen hiervon ist die Titelgruppe 71.

Einnahmen

119 06	011	Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren	1,0	1,0
			0,1	
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben des Kapitels 0304 (ohne TG 71) zu verwenden.		
231 06	422	Erstattungen des Bundes für Projekte der Raumordnung	5,0	5,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben des Kapitels 0304 (ohne TG 71) zu verwenden.		
271 07	625	Erstattungen der EU für die Beteiligung an INTERREG-Projekten der Landesplanung	5,0	5,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben des Kapitels 0304 (ohne TG 71) zu verwenden.		
		71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg		
153 71	692	Zinseinnahmen von Kreisen und Gemeinden	0,0	0,0
(TG 71)			0,0	
173 71	692	Darlehensrückflüsse von Kreisen und Gemeinden	0,0	0,0
(TG 71)			6,6	
332 71	692	Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg an Zuweisungen für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen beider Länder	600,0	600,0
(TG 71)			526,8	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg in Höhe von 50 v.H. an den Zuweisungen. Vgl. Titel 883 71 (TG 71).		
333 71	692	Sonstige Einnahmen	0,0	0,0
(TG 71)			42,3	

03 04 Landesplanung, Landesentwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 333 71

Erläuterungen:

Vorgesehen für Einnahmen aus Aufhebungen von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförderten Maßnahmen.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 71 zu verwenden.

Summe der Titelgruppe 71	600,0	600,0
	575,7	

Summe der Einnahmen	611,0	611,0
	575,8	

03 04 Landesplanung, Landesentwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Ausgaben

526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	860,0	980,0
			339,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben in Zusammenhang mit der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und der Regionalpläne sowie für die Neuaufstellung der Teilpläne zur Ausweisung von Windenergieeignungsflächen.

			2017
			EUR
1.	Fortschreibung des Landesentwicklungsplans		130.000
2.	Fortschreibung der Regionalpläne		300.000
3.	Neuaufstellung der Teilpläne Wind		550.000
Summe			980.000

531 05	422	Grundlagen der Landesplanung	27,0	27,0
			16,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Beschaffung analoger und digitaler Daten und Planungsgrundlagen.

533 01	422	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen	0,0	0,0
			2,0	

Erläuterungen:

Vorsorglicher Leertitel.

Veranschlagt für Ausgaben in Zusammenhang mit der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und der Regionalpläne.

535 02	422	Maßnahmen der Landesplanung zur Zukunftsentwicklung	152,5	452,5
			0,0	

Erläuterungen:

Die Landesentwicklungsstrategie bildet den strategischen Rahmen für die zukünftige Entwicklung Schleswig-Holsteins. Zur Umsetzung dieses strategischen Rahmens sollen Maßnahmen, Gutachten, Projekte und Fachstrategien u.a. in den Bereichen Demografie und Daseinsvorsorge, Kooperation und Vernetzung sowie Digitalisierung gefördert werden. Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen im Rahmen des geplanten Netzwerkes Demografie/Daseinsvorsorge Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit den Kommunalen Landesverbänden und der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein, für die Erarbeitung eines gemeinsamen Raumstrukturkonzeptes mit der Freien und Hansestadt Hamburg sowie für die Erarbeitung einer Studie "Gesellschaftliche Verantwortung von kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein" durch das Kiel Center for Philosophy, Politics and Economics der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein, für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Digitalen Agenda des Landes mittels der Organisation weiterer Veranstaltungen und der Unterstützung von BarCamps und ähnlichen Formaten und für die Erarbeitung einer Internationalisierungsstrategie, die die Ausrichtung internationaler Kooperationen und Partner festlegen, sowie Ansätze für den Ausbau der Fertigkeiten, Kapazitäten und Strukturen für eine Internationalisierung in Schleswig-Holstein aufzeigen soll.

535 05	422	Regionalentwicklung	27,0	27,0
			2,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die Unterstützung von Projekten und Initiativen regionaler Zusammenarbeit sowie die Durchführung und Begleitung von Wettbewerben und Modellvorhaben sowie die Entwicklung von Anreizsystemen der Regionalentwicklung.

537 01	422	Maßnahmen zur Stärkung großräumiger Kooperationen	0,0	17,9
			0,0	

Erläuterungen:

17,9 T€ übertragen von Titel 0304-632 01.

Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen, Projekte und Strategien für die Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg, der Zusammenarbeit teilträumlicher Initiativen innerhalb Schleswig-Holsteins mit der Metropolregion Hamburg und der Unterstützung großräumiger Kooperationen mit benachbarten Regionen und Ländern.

632 01	422	Raumordnungskonferenzen	68,9	0,0
			51,0	

03 04 Landesplanung, Landesentwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 632 01

Erläuterungen:

17,9 T€ übertragen nach Titel 0304-537 01.

51,0 T€ übertragen nach Titel 0304-632 02.

632 02	422	Beteiligung des Landes an der Metropolregion Hamburg	0,0	51,0
			0,0	

Erläuterungen:

51,0 T€ übertragen von Titel 0304-632 01.

Veranschlagt sind die Kosten für die Mitgliedschaft des Landes in der Verwaltungskooperation "Metropolregion Hamburg" auf Basis des Staatsvertrages vom 1. Dezember 2005 in der Fassung vom 20. April 2012 zwischen den Ländern Niedersachsen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

686 01	422	Förderung von Pilotprojekten zur Umsetzung der Landesentwicklungsstrategie	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Die Landesentwicklungsstrategie bildet den strategischen Rahmen für die zukünftige Entwicklung Schleswig-Holsteins. Zur Umsetzung dieses strategischen Rahmens sollen neben dem zentralen Umsetzungsinstrument Landesentwicklungsplan beispielhafte Pilotvorhaben bei der Erarbeitung und zur Umsetzung der Landesentwicklungsstrategie gefördert werden können.

71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 333 71 (TG 71) und der Mehreinnahmen bei 332 71 (TG 71) überschritten werden.

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Am 1. Dezember 2005 haben die Länder Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein einen trilateralen Staatsvertrag mit dem Ziel abgeschlossen, die Förderfonds Hamburg-Niedersachsen und Hamburg-Schleswig-Holstein als die zentralen Instrumente der Zusammenarbeit der drei Länder zur Unterstützung des gemeinsamen Entwicklungsprozesses in der Metropolregion haushaltswirtschaftlich auf ein belastbares Fundament zu stellen. Im Staatsvertrag vom 20. April 2012 ist das Land Mecklenburg-Vorpommern in die Kooperation eingetreten und hat einen Förderfonds Hamburg-Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet.

Die Fördergebietskulisse bilden in Schleswig-Holstein die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum-Lauenburg, Steinburg, Dithmarschen und Ostholstein sowie die Städte Lübeck und Neumünster. Aus dem Ansatz können auch Landesgrenzen übergreifende Maßnahmen im Gebiet der Metropolregion Hamburg gefördert werden, die im Interesse der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg liegen.

633 71	693	Zuweisungen an Kreise, Gemeinden, Zweckverbände und öffentliche Einrichtungen für grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	0,0	0,0
(TG 71)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglicher Leertitel.

883 71	692	Zuweisungen an Kreise, Gemeinden, Zweckverbände und öffentliche Einrichtungen für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	1.200,0	1.200,0
(TG 71)			1.101,5	

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2017

Neuverpflichtung insgesamt 800

Davon fällig Haushaltsjahr 2018 500

Davon fällig Haushaltsjahr 2019 300

Davon fällig Haushaltsjahr 2020

Davon fällig Haushaltsjahr 2021 ff

03 04 Landesplanung, Landesentwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	

T€

noch zu 883 71

Erläuterungen:

Die Belastung aus

		2017 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2017	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2016 (Fälligkeitsbe- träge 2017)	500.000
Summe		500.000

Die Freie und Hansestadt Hamburg trägt 50 v.H. der Ausgaben gemäß Staatsvertrag vom 1. Dezember 2005 i. d. Fassung vom 20. April 2012.

Vgl. Titel 332 71 (TG 71).

887 71	692	Zuweisungen an Zweckverbände	0,0	0,0
(TG 71)			0,0	

Weggefallen.

Summe der Titelgruppe 71		1.200,0	1.200,0
		1.101,5	
Summe der Ausgaben		2.335,4	2.755,4
		1.513,1	

03 04 Landesplanung, Landesentwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1,0 6,7	1,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	10,0 0,0	10,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	600,0 569,1	600,0
Gesamteinnahmen			611,0 575,8	611,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.066,5 360,6	1.504,4
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	68,9 51,0	51,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.200,0 1.101,5	1.200,0
Gesamtausgaben			2.335,4 1.513,1	2.755,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.724,4 -937,3	-2.144,4

03 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Die Titel der HGr. 5 und 8 dürfen zusätzlich insgesamt in Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 261 02 sowie bis zu 30 v.H. der tatsächlichen Einnahmen bei 1106-281 02 überschritten werden.

Einnahmen

119 99	012	Vermischte Einnahmen	1,0 0,5	1,0
261 02	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Zahlbarmachung von Bezügen für Dritte	150,0 183,2	150,0
Abzuführende Steuerbeträge sowie Erstattungen zuviel gezahlter Beträge sind von den Einnahmen abzusetzen.				
Erläuterungen:				
Kostenerstattung Dritter für die Zahlbarmachung der Bezüge und besonderer Dienstleistungen.				
261 03	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	5,5 5,5	5,5
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist der Verwaltungskostenbeitrag für die Einziehung der DStG-Beiträge.				
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei der OGr. 42 zur Verfügung.				
Summe der Einnahmen			156,5 189,2	156,5

03 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Ausgaben

422 01	012	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	6.847,7	6.847,7
			5.285,0	

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0312-356 05 verstärkt werden.
 Mehrausgaben dürfen maximal bis zur Höhe von 310,0 T€ der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1106-281 01 geleistet werden, sofern sie nicht bei Titel 0312-428 01 verwendet werden.

427 01	012	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	99,0	99,0
			492,6	

428 01	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.794,8	7.568,8
			6.628,5	

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0312-356 05 verstärkt werden.
 Mehrausgaben dürfen maximal bis zur Höhe von 310,0 T€ der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1106-281 01 geleistet werden, sofern sie nicht bei Titel 0312-422 01 verwendet werden.

Erläuterungen:

50,0 T€ übertragen nach Titel 0301-428 01.
 42,0 T€ übertragen nach Titel 0312-533 01.

453 01	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	3,5	3,5
			0,0	

511 01	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	511,5	545,0
			694,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2017
			EUR
1.	Büromaterial		66.840
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.		43.600
3.	Druck- und Buchbindearbeiten		0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren		360.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten		18.100
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten		25.180
7.	Unterhaltung von Geräten		12.600
8.	Sonstiges		18.680
Summe			545.000

Anpassung an den Bedarf insbesondere wegen Gebührenerhöhung der Deutschen Post.

514 01	012	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	5,2	5,2
			2,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2017
			EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen		2.700
2.	Verbrauchsmaterial		2.000
3.	Sonstiges		500
Summe			5.200

518 02	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	30,8	33,4
			13,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Leasingraten für acht Kopiergeräte und eine Frankiermaschine.

518 99	012	Leasingraten für Kraftfahrzeuge	0,0	0,0
			0,9	

03 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
525 01	012	Ausbildung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	94,6	94,6
		Erläuterungen:	63,5	
		Veranschlagt sind:		
				2017
				EUR
		1. Fachliche Fortbildungen		49.400
		2. Allgemeine fachübergreifende Fortbildungen		45.200
		Summe		94.600
526 01	012	Gerichts- und ähnliche Kosten	152,0	152,0
		Erläuterungen:	0,0	
		Der Bedarf ist grundsätzlich unvorhersehbar und unabweisbar.		
526 02	012	Arbeitsmedizinische Betreuung und ärztliche Untersuchungen	30,8	30,8
		Erläuterungen:	15,3	
		Veranschlagt ist die arbeitsmedizinische Betreuung für die Beschäftigten aufgrund der Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit", die Kosten für amts- und fachärztliche Untersuchungen sowie für Maßnahmen des Gesundheitsmanagements.		
526 99	012	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	0,0	2,0
		Erläuterungen:	0,0	
		Veranschlagt für eine Sicherheitsprüfung der Eingangsbereiche der Liegenschaft Speckenbeker Weg 133 (Gewaltprävention).		
527 01	012	Dienstreisen	11,1	11,1
		Erläuterungen:	3,9	
		Veranschlagt sind:		
				2017
				EUR
		1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		10.300
		2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		0
		3. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		800
		Summe		11.100
529 01	012	Zur Verfügung für den nachgeordneten Bereich	0,1	0,1
		Erläuterungen:	0,0	
		Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über die Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.		
533 01	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen	0,0	42,0
		Erläuterungen:	0,0	
		Veranschlagt für den privatisierten Pfortnerdienst für das Dienstgebäude des DLZP im Speckenbeker Weg 133.		
		42,0 T€ übertragen von Titel 0312-428 01.		
534 01	012	Verlegung von Dienststellen	0,0	0,0
		Erläuterungen:	0,0	
		Vorsorglicher Leertitel.		

03 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
546 01	012	Kosten einer Ländertagung und sonstiger Länder übergreifender Veranstaltungen	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglicher Leertitel.	0,0	
546 99	012	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	3,0	13,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:	1,3	
				2017
				EUR
		1. Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
		2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		3.000
		3. Auslagen für Vorstellungsreisen		0
		4. Sonstige vermischte Ausgaben		10.000
		Summe		13.000
<p>Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.</p>				
811 01	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0	
812 01	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	71,1	127,5
		Erläuterungen: Veranschlagt insbesondere für die turnusmäßige Neubeschaffung einer Kuvertiermaschine und die Beschaffung von höhenverstellbaren Schreibtischen und Bürodrehstühlen (Büroeinheiten) als gesunderhaltende und fördernde Maßnahmen des Gesundheitsmanagements.	57,1	
916 05	851	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparung bei den Titeln der OGr. 42 geleistet werden.	16,4	
		Erläuterungen: Gem. § 61 Abs. 1 Landesbeamtengesetz vom 26. März 2009 (GVOBl. Schl.- H. S. 93) ist die gesetzliche Regelung für eine Teilzeitbeschäftigung in der Weise des "Sabbatjahres" für alle Beamtinnen und Beamten geschaffen. Die nicht ausgezahlten Bezügeanteile werden der Rücklage "Sabbatjahr" zugeführt (Kap. 7320 über den Titel 0312-916 05). Das Rücklagevermögen soll zur Finanzierung der im Freistellungsjahr zu zahlenden Bezügeanteile verwandt werden (Titel 0312-356 05 und HV bei Titel 0312-422 01 und 0312-428 01). Wird das Freistellungsjahr nicht in Anspruch genommen, hat die Beamtin/der Beamte Anspruch auf die einbehaltenen Bezügeanteile. Diese Auszahlungen dürfen mit den Zuführungen zu der Rücklage "Sabbatjahr" verrechnet werden.		
Summe der Ausgaben			15.655,2	15.575,7
			13.275,3	

03 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1,0 0,5	1,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	155,5 188,7	155,5
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			156,5 189,2	156,5
41 - 49		Personalausgaben	14.745,0 12.406,1	14.519,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	839,1 795,7	929,2
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	71,1 57,1	127,5
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 16,4	0,0
Gesamtausgaben			15.655,2 13.275,3	15.575,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-15.498,7 -13.086,1	-15.419,2

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2017

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
03 01	Ministerpräsident, Staatskanzlei	2017		13,0	11,0			24,0
		2016		13,0	11,0			24,0
03 03	Minderheiten und Grenzverbände	2017					291,1	291,1
		2016					283,0	283,0
03 04	Landesplanung, Landesentwicklung	2017		1,0	10,0	600,0		611,0
		2016		1,0	10,0	600,0		611,0
03 12	Dienstleistungszentrum Personal - DLZP	2017		1,0	155,5			156,5
		2016		1,0	155,5			156,5
	Summe Haushalt	2017		15,0	176,5	600,0	291,1	1.082,6
	Summe Haushalt	2016		15,0	176,5	600,0	283,0	1.074,5
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	0,0	0,0	0,0	+8,1	+8,1

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
15.724,0	1.141,2		410,0		30,0		17.305,2	2017	03 01
15.150,2	1.285,2		210,0		200,0	-88,7	16.756,7	2016	
			2.966,7		96,0		3.062,7	2017	03 03
			2.937,8		46,0		2.983,8	2016	
	1.504,4		51,0		1.200,0		2.755,4	2017	03 04
	1.066,5		68,9		1.200,0		2.335,4	2016	
14.519,0	929,2				127,5		15.575,7	2017	03 12
14.745,0	839,1				71,1		15.655,2	2016	
30.243,0	3.574,8		3.427,7		1.453,5		38.699,0	2017	
29.895,2	3.190,8		3.216,7		1.517,1	-88,7	37.731,1	2016	
+347,8	+384,0	0,0	+211,0	0,0	-63,6	+88,7	+967,9		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2017

-37.616,4

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2016

-36.656,6

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei
Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2017

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf			
			2017	2018	2019	2020
		T€				
03 03	Minderheiten und Grenzverbände	1.646,0	600,0	600,0	446,0	
03 04	Landesplanung, Landesentwicklung	800,0	500,0	300,0		
	Summe des Einzelplans	2.446,0	1.100,0	900,0	446,0	

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2017

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
03 04	Landesplanung, Landesent- wicklung							
71	Grenzüberschreitende Maß- nahmen in der Metropolregion Hamburg	2017		0,0		600,0	600,0	
		2016		0,0		600,0	600,0	
	Summe Haushalt	2017		0,0		600,0	600,0	
	Summe Haushalt	2016		0,0		600,0	600,0	

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2017

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									
03 01	Ministerpräsident, Staatskanzlei								
63	Zentrales IT-Management								
	2017	2.540,3							2.540,3
	2016	2.220,3							2.220,3
64	Projekt "Kooperation Personaldienste Schleswig-Holstein und Freie und Hansestadt Hamburg"								
	2017	1.681,2					0,0		1.681,2
	2016	1.741,2					0,0		1.741,2
03 03	Minderheiten und Grenzverbände								
01	Deutsche Minderheit in Dänemark								
	2017			353,2		46,0			399,2
	2016			353,2		46,0			399,2
02	Dänische Minderheit								
	2017			491,0		50,0			541,0
	2016			491,0		0,0			491,0
03	Friesen								
	2017			525,1		0,0			525,1
	2016			512,3					512,3
04	Sinti und Roma								
	2017			525,5					525,5
	2016			517,4					517,4
03 04	Landesplanung, Landesentwicklung								
71	Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg								
	2017					1.200,0			1.200,0
	2016					1.200,0			1.200,0
Summe	2017	4.221,5		1.894,8		1.296,0	0,0		7.412,3
Summe	2016	3.961,5		1.873,9		1.246,0	0,0		7.081,4

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Zuweisungen an Kreise, Gemeinden, Zweckverbände und öffentliche Einrichtungen in der Metropolregion Hamburg

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	<p>Globalziele sind die Stärkung der Metropolregion Hamburg (MRH) sowie die Stärkung der kommunalen Infrastruktur in der Fördergebietskulisse.</p> <p>Der Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein dient der Spitzenfinanzierung besonders solcher Projekte,</p> <ul style="list-style-type: none"> • die zur Lösung regional bedeutsamer Probleme in den näher an Hamburg liegenden Teilgebieten und ferner in den Entwicklungs- und Entlastungs-orten beitragen, • die Ländergrenzen überschreiten, • die eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Metropolregion haben oder • die Leit- und Modellprojekte der MRH in kommunaler Trägerschaft sind. <p>Wesentliche Schwerpunkte der Förderung sind die Handlungsfelder:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Partnerschaft von Stadt und Land, • Dynamischer Wirtschaftsraum, • Grüne Metropolregion, • Infrastruktur und Mobilität. 							
Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Bürgerorientierung			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Anzahl Zuwendungsbescheide des Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein	12	12	12	12				
Externe Zielgruppen	Kommunen, Zweckverbände und öffentliche Einrichtungen in der Fördergebietskulisse							
Vereinbarungszeitraum	Das Land SH und die Freie und Hansestadt Hamburg stellen für die aus diesem Ansatz zu finanzierenden Maßnahmen jährlich jeweils Beträge in gleicher Höhe (600,0 T€) zur Verfügung. Im April 2012 wurde ein Staatsvertrag zwischen den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern geschlossen. Der Staatsvertrag hat eine zweijährige Kündigungsfrist.							
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 03 Kapitel: 0304 Titelgruppe 71							
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> • Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein zur Änderung des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der Förderfonds. • Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus den Förderfonds der Metropolregion Hamburg (Bekanntmachung des Innenministeriums SH vom 22. Februar 2013, Amtsblatt für Schleswig-Holstein Nr. 11 vom 11. März 2013, S. 142). 							
Zeitplan / Meilensteine	Entfällt							
Berichtswesen	Nicht vorgesehen							

Anlage zum Kapitel 0312

Zusätzliche Erläuterungen

für den Aufgabenbereich: Bezügezahlung und zentrale Personaldienstleistungen

Globale Zielbeschreibung	Sicherstellung der sach- und zeitgerechten Zahlung beamtenrechtlicher, tarifrechtlicher und vertraglicher Leistungen an Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Landesverwaltung und sonstiger Vertragspartner			
Maßnahmen zur Zielerreichung/ Kostenträger	Kennzahlen/Indikatoren für			Wirtschaftlichkeit/Kosten 2015
	Mengen Plan 2017	Mengen Plan 2016	Mengen Ist 2015	
Beihilfeleistungen Landesbedienstete Versorgungsempfänger/-innen i.V. mit einem Dienstunfall Offene Anträge:	Anzahl der Bescheide: 145.150 171.100 2.100	149.200 171.000 2.200	142.136 162.393 2.058 24.061	Kosten pro Antrag: 25,44 € 20,88 € 54,39 €
Besoldung	Anzahl der Besoldungsempfänger/-innen: 44.200	44.000	44.097	Kosten pro Besoldungsfall/Jahr: 73,41 €
Versorgung Versorgungsabrechnung Amtshilfeersuchen (Festsetzung des voraussichtlichen Ruhegehaltssatzes von Landesbeamtinnen/-beamte für die Personaldienststellen) Nachversicherung Versorgungslastenteilung	Anzahl der Versorgungsempfänger/-innen 34.600 Anzahl der Ersuchen Anzahl der bearbeiteten Fälle Anzahl der bearbeiteten Fälle	34.163	32.831 0 2.097 767	Kosten pro Versorgungsfall/Jahr: 83,28 € Kosten pro Ersuchen: 0,00 € Kosten pro Fall: 192,85 € Kosten pro Fall: 46,34 €
Tarifbereich Entgelt davon Altersteilzeit	Anzahl der Entgeltempfänger/innen: 20.300 Altersteilzeitfälle: 151	20.200 200	20.288 311	Kosten pro Entgeltfall/Jahr: 184,13 € Altersteilzeitfall/Jahr 100,54 €
Familienkasse	Anzahl der Kindergeldfälle: 34.200	34.500	34.152	Kosten Kindergeldfall/Jahr: 64,60 €
Umzugskosten Trennungsgeld Pfändungen/Abtretungen Einziehung von titulierten Forderungen des DLZP Unterhaltssicherungsbehörde (Fachaufsicht etc.) Abwicklung Personenschäden Abwicklung Kfz-Unfälle	Anzahl der bearbeiteten Vorgänge Anzahl der bearbeiteten Vorgänge Anzahl der Pfändungen/Abtretungen Anzahl der Einziehungen Anzahl der bearbeiteten Vorgänge Anzahl der bearbeiteten Vorgänge Anzahl der bearbeiteten Vorgänge		835 1.824 9.468 1.054 88 7.639 5.156	Kosten pro Vorgang/Jahr: 1.664,75 € Kosten pro Vorgang/Jahr: 777,45 € Kosten pro Pfänd./Abtr./Jahr: 468,48 € Kosten pro Einziehung/Jahr: 450,57 € Kosten pro Vorgang: 111,77 € Kosten pro Vorgang/Jahr : 296,65 € Kosten pro Vorgang/Jahr: 673,84 €

Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kap. 03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei	42
Kap. 03 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP	49
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	54
Hebungen 2017	56
Übertragungen 2017	57
kw-Vermerke	58
ku-Vermerke	61
Neue Stellen 2017	62
Einsparungen 2017	63

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2016 waren am 01.02.2016 besetzt mit	
		2016	2017	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Ministerpräsident, Staatskanzlei					
B9	Staatssekretäre/-innen	1	1		
B5	Ministerialdirigenten/-innen	4	4 ¹⁾		
B2	Ministerialräte/-innen	7	7		
Summe [Ministerpräsident, Staatskanzlei]:		12	12	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Ministerpräsident, Staatskanzlei					
A16	Ministerialräte/-innen	10	10		1
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsdirek- toren/-innen	16	17		1
A14	Oberregierungsräte/-innen	14	18		2
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	3	3		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	19	18 ²⁾		
A12	Amtsräte/-innen	8	8		2
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	9	10		
A10	Regierungsoberinspektoren/- innen	4	4		
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	2	3		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	2	2 ³⁾		
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	0	0		
A6 LG 1.2	Regierungssekretäre/-innen	0	1		
Summe [Ministerpräsident, Staatskanzlei]:		87	94	0	6
Summe :		99	106	0	6

- 1) 1 Planstelle ist für die Dauer der Bestellung zur stellvertretenden Staatssekretärin oder zum stellvertretenden Staatssekretär mit einer widerruflichen Zulage gemäß Fußnote 2 zur Bes. Gruppe B 5 SHBesO A und B ausgestattet.
- 2) 2 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG).
- 3) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2011/2012)
2 Stellen	A14	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2011/2012)
2 Stellen	A14	am 31.12.2019	Mehrbedarf Neuaufstellung der Teilpläne zur Ausweisung von Windenergieeignungsflächen	(aus HH 2017)
1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2018	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 3 Jahren (31.07.2018)	(aus HH 2016)

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1 Stelle A9 LG 2.1 am 31.07.2019 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens zum 31.07.2019 (aus HH 2017)
- 1 Stelle A6 LG 1.2 am 31.07.2019 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens zum 31.07.2019 (aus HH 2017)

Planstellen künftig umzuwandeln:

- 2 Stellen A14 in A8 am 01.07.2018 Umwandlung von A14 nach A 8 (Rückgabe der Leihstellen) (aus HH 2016)

Vermerke:

Im Kapitel 0301 dürfen bis zu 2 Planstellen der BesGr. A 15 oder A 16 mit Richterinnen und Richtern aus den Kap. 0902, 0904 bis 0906 besetzt werden. Vgl. Titel 0902 - 422 01. (aus HH 2001)

Im Kapitel 0501 darf zusätzlich eine Stelle A10 zu 0,4 besetzt werden. (aus HH 2016)

- 1 Stelle A15 darf nur mit 50 v. H. der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle A14 darf nur mit 50 v. H. der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle A14 im Einzelplan 07 darf im Kapitel 0301 für das Landesportal www.schleswig.holstein.de besetzt werden, und zwar zu 50 v. H. bei Titel 0701-422 01 und zu 50 v. H. bei Titel 0717-42201. (aus HH 2009/2010)
- 2 Stellen A14 Leihstellen von 0719 428 01 stehen nur befristet bis zum 30.06.2018 zur Verfügung. Zum 01.07.2018 erfolgt eine Rückübertragung nach 0719 428 01 (im HH 2016 von A 8 nach A 14 gehoben). (aus HH 2016)
- 1 Stelle A13 LG 2.1 im Kapitel 0701 darf mit 50% der regelmäßigen Arbeitszeit im Kapitel 0301 besetzt werden (aus HH 2009/2010)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Ministerpräsident, Staatskanzlei													
1	A15	1										+1	Stellvertretende Leitung Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung
2	A14	2										+4	Beraterpool Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung
3		2											Neuaufstellung der Teilpläne zur Ausweisung von Windenergieeignungsflächen mit kw-Vermerk
4	A13 LG 2.1		1									-1	Realisierung kw-Vermerk
5	A11			1								+1	Übertragen von 0301-422 63 (TG 63)
6	A9 LG 2.1	1										+1	Gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 zur Übernahme einer geprüften Nachwuchskraft mit kw-Vermerk
7	A6 LG 1.2	1										+1	Gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 zur Übernahme einer geprüften Nachwuchskraft mit kw-Vermerk
Summe:		7	1	1								+7	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 2 Stellen A14 am 31.12.2019 Mehrbedarf Neuaufstellung der Teilpläne zur Ausweisung von Windenergieeignungsflächen (aus HH 2017)
- 1 Stelle A9 LG 2.1 am 31.07.2019 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens zum 31.07.2019 (aus HH 2017)
- 1 Stelle A6 LG 1.2 am 31.07.2019 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens zum 31.07.2019 (aus HH 2017)

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2016	2017
428 01			
	<i>Entgeltgruppe</i>		
	AT	2	2
	E15 Ü	1	1
	E15	4	4
	E14	0	1
	E13	2	0
	E12	7	11
	E11	5	3
	E10	5	6
	E9	19	19
	E8	7	7
	E6	4	3
	E5	4	4
Summe :		60	61

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E12	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2011/2012)
2 Stellen	E10	am 31.12.2018		(aus HH 2013)
1 Stelle	E6		mit Ausscheiden der Stelleninhaberin	(aus HH 2013)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E14			1								+1	von Kapitel 1301-428 01
2	E13										2	-2	Herabgruppierung nach E12 - §14 Abs. 12 HG 2016
3	E12							2				+4	Hebung von E11 - §14 Abs. 12 HG 2016
4										2		-2	Herabgruppierung von E13 - §14 Abs. 12 HG 2016
5	E11								2			-2	Hebung nach E12 - §14 Abs. 12 HG 2016
6	E10							1				+1	Hebung von E9 - Umsetzung Beförderungspaket (§14 Abs. 12 HG 2016)
7	E9							1				0	Hebung von E8 - Umsetzung Beförderungspaket (§14 Abs. 12 HG 2016)
8									1			0	Hebung nach E 10 - Umsetzung Beförderungspaket (§14 Abs. 12 HG 2016)
9	E8			1								0	Übertragen von 0312-428 01
10										1		0	Hebung nach E9 - Umsetzung Beförderungspaket (§14 Abs. 12 HG 2016)
11	E6		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
Summe:			1	2				4	4	2	2	+1	

Stellenanzahl		Vom Soll 2016 waren am 01.02.2016 besetzt mit	
2016	2017	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern

422 63 (63)

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

B2	Ministerialräte/-innen	1	1		
----	------------------------	---	---	--	--

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A16	Ministerialräte/-innen	2	2		1
A15	Regierungsdirektoren/-innen	2	3		
A14	Oberregierungsräte/-innen	2	2		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	1	1		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	7	7	1)	
A12	Amtsräte/-innen	3	4		1
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	1	1		
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	0	1		
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	1	0		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	0	1		

Summe :		20	23	0	2
----------------	--	----	----	---	---

1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG).

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 LG 2.1	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2011/2012)
----------	------------	---------------	---	--------------------

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1 Stelle A13 LG 2.1 am 30.06.2018 Ausbringung gemäß § 13 Abs. 5 Haushaltsgesetz 2015 (aus HH 2016)
- 1 Stelle A12 am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019 (aus HH 2011/2012)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A15			1								+1	Übertragen von 0401-42201 aufgrund Übergang der Zuständigkeit für Informationstechnik auf die Staatskanzlei
2	A13 LG 2.1		1									0	Realisierung kw-Vermerk
3				1									Übertragen von 0301-422 64 (TG 64)
4	A12			1								+1	Übertragen von 0401-42201 aufgrund Übergang der Zuständigkeit für Informationstechnik auf die Staatskanzlei
5	A11			1								0	Übertragen von 0401-42201 aufgrund Übergang der Zuständigkeit für Informationstechnik auf die Staatskanzlei
6					1								Übertragen nach 0301-422 01
7	A10							1				+1	Hebung von A9 - Umsetzung Beförderungspaket (§14 Abs. 12 HG 2016)
8	A9 LG 2.1									1		-1	Hebung nach A10 - Umsetzung Beförderungspaket (§14 Abs. 12 HG 2016)
9	A9 LG 1.2			1								+1	Übertragen von 0401-42201 aufgrund Übergang der Zuständigkeit für Informationstechnik auf die Staatskanzlei
Summe:			1	5	1			1	1			+3	

Stellenanzahl

2016	2017
------	------

428 63 (63)

Entgeltgruppe

E14	0	2
E13	0	5
E12	5	5
E11	2	4
E10	1	2
E9	2	3
E8	0	1
E6	0	1
Summe :	10	23

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E14	2										+2	IT-Projektleitungen für Großprojekte
2	E13	3										+5	IT-Projektleitungen für Großprojekte
3				1									Übertragen von 0401-42801 aufgrund Übergang der Zuständigkeit für Informationstechnik auf die Staatskanzlei
4								1					Hebung von E12 - Höhergruppierungsanspruch nach Arbeitsplatzüberprüfung (§14 Abs. 12 HG 2016)
5	E12			1								0	Übertragen von 0401-42801 aufgrund Übergang der Zuständigkeit für Informationstechnik auf die Staatskanzlei
6									1				Hebung nach E13 - Höhergruppierungsanspruch nach Arbeitsplatzüberprüfung (§14 Abs. 12 HG 2016)
7	E11			2								+2	Übertragen von 0401-42801 aufgrund Übergang der Zuständigkeit für Informationstechnik auf die Staatskanzlei
8	E10			1								+1	Übertragen von 0401-42801 aufgrund Übergang der Zuständigkeit für Informationstechnik auf die Staatskanzlei
9	E9			1								+1	Übertragen von 0401-42801 aufgrund Übergang der Zuständigkeit für Informationstechnik auf die Staatskanzlei
10	E8			1								+1	Übertragen von 0401-42801 aufgrund Übergang der Zuständigkeit für Informationstechnik auf die Staatskanzlei
11	E6			1								+1	Übertragen von 0401-42801 aufgrund Übergang der Zuständigkeit für Informationstechnik auf die Staatskanzlei
Summe:		5		8				1	1			+13	

Stellenanzahl		Vom Soll 2016 waren am 01.02.2016 besetzt mit	
2016	2017	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern

422 64 (64)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A16	Ministerialräte/-innen	1	1	1
A15	Regierungsdirektoren/-innen	0	0	
A14	Oberregierungsräte/-innen	0	0	
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	12	11 ¹⁾	2
A12	Amtsräte/-innen	5	5	3
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	3	5	2
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	1	1	
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	4	2	2
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	2	2	
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	3	3	
A6 LG 1.2	Regierungssekretäre/-innen	3	3	3
Summe :		34	33	0

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBMdG).

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A16	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2011/2012)
11 Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2011/2012)
5 Stellen	A12	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2011/2012)
5 Stellen	A11	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2013)
1 Stelle	A10	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2013)
2 Stellen	A9 LG 2.1	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2011/2012)
2 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2011/2012)
3 Stellen	A8	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2013)
3 Stellen	A6 LG 1.2	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2011/2012)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.1				1							-1	Übertragen nach 0301-422 63 (TG 63)
2	A11							2				+2	Hebung von A 9 LG 2.1 - § 28 Abs.1 HG 2016
3	A9 LG 2.1								2			-2	Hebung nach A 11 - § 28 Abs.1 HG 2016
Summe:					1			2	2			-1	

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

5 Stellen	A11	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2013)
2 Stellen	A9 LG 2.1	am 31.12.2019	mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haushaltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019	(aus HH 2011/2012)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2016 waren am 01.02.2016 besetzt mit	
	2016	2017	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
B3	Direktor/-in des Dienstleistungs- zentrums Personal	1	1	
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Leitende Regierungsdirektoren/- innen	1	1	
A15	Regierungsdirektoren/-innen	3	4	
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	0	
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	0	0	
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	15	15	1)
A12	Amtsräte/-innen	26	26	
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	12	12	
A10	Regierungsoberinspektoren/- innen	2	2	
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	3	7	
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	46	46	2)
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	46	46	
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	11	11	
A6 LG 1.2	Regierungssekretäre/-innen	8	10	
Summe :		175	181	0 0

1) 2 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f LBModG).

2) 14 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15	am 30.06.2024	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-422 01	(aus HH 2017)
2 Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2019	Mehrbedarf aufgrund Einführung neuer IT-Verfahren	(aus HH 2016)
1 Stelle	A13 LG 2.1	am 31.12.2019	Mehrbedarf Aufbau DLZP	(aus HH 2016)
2 Stellen	A12	am 31.12.2019	Mehrbedarf Aufbau DLZP	(aus HH 2016)
1 Stelle	A12	am 31.12.2019	Mehrbedarf aufgrund Einführung neuer IT-Verfahren	(aus HH 2016)
5 Stellen	A12	am 30.06.2024	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-422 01	(aus HH 2017)
1 Stelle	A10	am 31.12.2019	Mehrbedarf aufgrund Einführung neuer IT-Verfahren	(aus HH 2016)
1 Stelle	A10	am 30.06.2023	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-422 01	(aus HH 2017)
3 Stellen	A9 LG 2.1	am 31.07.2018	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 3 Jahren (31.07.2018) gem. § 15 Nr. 1 Haushaltsgesetz 2015	(aus HH 2016)
4 Stellen	A9 LG 2.1	am 31.07.2019	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens zum 31.07.2019	(aus HH 2017)

03 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

6 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2019	Mehrbedarf Fachbereiche Versorgung/Besoldung/Entgelt	(aus HH 2016)
4 Stellen	A9 LG 1.2	am 30.06.2023	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-422 01	(aus HH 2017)
1 Stelle	A9 LG 1.2	am 30.06.2020	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-422 01	(aus HH 2017)
6 Stellen	A9 LG 1.2	am 30.06.2021	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-422 01	(aus HH 2017)
1 Stelle	A8	am 31.10.2022	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers nach Altersteilzeit	(aus HH 2015)
8 Stellen	A6 LG 1.2	am 31.07.2018	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 3 Jahren (31.07.2018) gem. § 15 Nr. 1 Haushaltsgesetz 2015	(aus HH 2016)
2 Stellen	A6 LG 1.2	am 31.07.2019	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens zum 31.07.2019	(aus HH 2017)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A15							1				+1	Hebung von A 14 - Organisationsveränderung (aus Nachtragshaushalt 2016)
2	A14								1			-1	Hebung nach A 15 - Organisationsveränderung (aus Nachtragshaushalt 2016)
3	A9 LG 2.1	4										+4	Gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 zur Übernahme von geprüften Nachwuchskräften mit kw-Vermerk
4	A6 LG 1.2	2										+2	Gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 zur Übernahme von geprüften Nachwuchskräften mit kw-Vermerk
Summe:		6						1	1			+6	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15	am 30.06.2024	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-422 01	(aus HH 2017)
5 Stellen	A12	am 30.06.2024	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-422 01	(aus HH 2017)
1 Stelle	A10	am 30.06.2023	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-422 01	(aus HH 2017)
4 Stellen	A9 LG 2.1	am 31.07.2019	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens zum 31.07.2019	(aus HH 2017)
4 Stellen	A9 LG 1.2	am 30.06.2023	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-422 01	(aus HH 2017)
1 Stelle	A9 LG 1.2	am 30.06.2020	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-422 01	(aus HH 2017)
6 Stellen	A9 LG 1.2	am 30.06.2021	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-422 01	(aus HH 2017)
2 Stellen	A6 LG 1.2	am 31.07.2019	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens zum 31.07.2019	(aus HH 2017)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2016	2017
428 01			
	<i>Entgeltgruppe</i>		
	E12	2	2
	E11	8	9
	E10	1	1
	E9	95	97
	E8	41	40
	E7	0	0
	E6	8	8
	E5	22	16
	E4	1	0
	E2	1	0
	Summe :	179	173

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E11	am 30.06.2023	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-428 01	(aus HH 2017)
2 Stellen	E9	am 31.12.2019	Mehrbedarf Fachbereich Beihilfe ("kleine" E 9)	(aus HH 2016)
8 Stellen	E9	am 31.12.2019	Mehrbedarf Fachbereich Beihilfe ("kleine" E 9)	(aus HH 2016)
2 Stellen	E9	am 31.12.2019	Mehrbedarf Einführung eBeihilfe ("kleine" E 9)	(aus HH 2016)
13 Stellen	E9	am 31.12.2019	Mehrbedarf Fachbereiche Versorgung/Besoldung/Entgelt ("kleine" E 9)	(aus HH 2016)
1 Stelle	E9	am 31.12.2019	Mehrbedarf Fachbereiche Versorgung/Besoldung/Entgelt ("kleine" E 9)	(aus HH 2016)
3 Stellen	E9	am 31.12.2019	Mehrbedarf aufgrund Einführung neuer IT-Verfahren	(aus HH 2016)
6 Stellen	E9	am 30.06.2022	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-428 01 ("kleine" E 9)	(aus HH 2017)
2 Stellen	E9	am 30.06.2020	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-428 01 ("kleine" E 9)	(aus HH 2017)
6 Stellen	E5	am 31.12.2019	Bedarf Validierer eBeihilfe	(aus HH 2016)

Vermerke:

38 Stellen	E9	dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6)	(aus HH 2013)
5 Stellen	E9	dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6)	(aus HH 2015)
43 Stellen	E9	dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6)	(aus HH 2016)

03 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E11	1										+1	Mehrbedarf aufgrund Anspruch auf Versorgungsauskunft
2	E9	2										+2	Mehrbedarf aufgrund Anspruch auf Versorgungsauskunft
3	E8				1							-1	Übertragen nach 0301-428 01
4	E5		6									-6	Minderbedarf 2017 wegen Nichteinführung Stufe 1b eBeihilfe (Realisierung des kw-Vermerks)
5	E4		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
6	E2		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
Summe:		3	8		1							-6	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E11	am 30.06.2023	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-428 01	(aus HH 2017)
6 Stellen	E9	am 30.06.2022	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-428 01 ("kleine" E 9)	(aus HH 2017)
2 Stellen	E9	am 30.06.2020	Umsetzung der Überarbeitung des Stellenabbaupfades gem. Erl. HH 2016 zu 0312-428 01 ("kleine" E 9)	(aus HH 2017)

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2017

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
03 01	Ministerpräsident, Staatskanzlei	2017	162	-	-	84	-	246
		2016	153	-	-	70	-	223
03 12	Dienstleistungszentrum Personal - DLZP	2017	181	-	-	173	-	354
		2016	175	-	-	179	-	354
Summe		2017	343	-	-	257	-	600
		2016	328	-	-	249	-	577

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2017

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2017	Ministerpräsident, Staatskanz-	03 01
-	-	-	-	-	2016	lei	
-	-	-	-	-	2017	Dienstleistungszentrum Per-	03 12
-	-	-	-	-	2016	sonal - DLZP	
-	-	-	-	-	2017		Summe
-	-	-	-	-	2016		

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Hebungen 2017

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
03 01	Ministerpräsident, Staatskanzlei				
	A9 LG 2.1	A11		E13	2
	A9 LG 2.1	A10		E12	1
			E12	E10	1
			E11	E9	2
			E9	E8	1
03 12	Dienstleistungszentrum Personal - DLZP				
	A14	A15			1
Summe	4	4	5	5	9

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Übertragungen 2017

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
03 01	Ministerpräsident, Staatskanzlei				
nach 03 01	A13 LG 2.1 A11	A13 LG 2.1 A11			1 1
03 12	Dienstleistungszentrum Personal - DLZP				
nach 03 01			E8	E8	1
04 01	Ministerium				
nach 03 01	A15 A12 A11 A9 LG 1.2	A15 A12 A11 A9 LG 1.2	E13 E12 E11 E10 E9 E8 E6	E13 E12 E11 E10 E9 E8 E6	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1
13 01	Ministerium				
nach 03 01			E14	E14	1
Summe	6	6	10	10	16

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

kw-Vermerke 2016

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei							
422 01							
A15	1	2011/2012	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019			1	
A14	2	2011/2012	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019			2	
A13 LG 2.1	1	2014	am 31.12.2016	1(*)			
A9 LG 2.1	1	2016	am 31.07.2018 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 3 Jah- ren (31.07.2018)			1	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 3 Jah- ren (31.07.2018)
422 63							
A13 LG 2.1	1	2011/2012	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019			1	
A13 LG 2.1	1	2014	am 31.12.2016	1(*)			
A13 LG 2.1	1	2016	am 30.06.2018 Ausbringung gemäß § 13 Abs. 5 Haus- haltungsgesetz 2015			1	Ausbringung gemäß § 13 Abs. 5 Haus- haltungsgesetz 2015
A12	1	2011/2012	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019			1	
422 64							
A16	1	2011/2012	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019			1	
A13 LG 2.1	11	2011/2012	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019			11	
A12	5	2011/2012	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019			5	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2016 realisiert und im HH 2017 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2017 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2017 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
A11	5	2013	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019		5		
A10	1	2013	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019			1	
A9 LG 2.1	2	2011/2012	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019		2		
A9 LG 1.2	2	2011/2012	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019			2	
A8	3	2013	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019			3	
A6 LG 1.2	3	2011/2012	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019			3	
428 01							
E12	1	2011/2012	am 31.12.2019 mit Abschluss des Projektes KoPers (geplant 31.12.2017), im Sinne der Haus- haltsvorsorge verlängert bis 31.12.2019			1	
E10	2	2013	am 31.12.2018			2	
E6	1	2013	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin			1	
03 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP							
422 01							
A13 LG 2.1	2	2016	am 31.12.2019 Mehrbedarf aufgrund Einführung neuer IT-Verfahren			2	
A13 LG 2.1	1	2016	am 31.12.2019 Mehrbedarf Aufbau DLZP			1	
A12	2	2016	am 31.12.2019 Mehrbedarf Aufbau DLZP			2	
A12	1	2016	am 31.12.2019 Mehrbedarf aufgrund Einführung neuer IT-Verfahren			1	
A10	1	2016	am 31.12.2019 Mehrbedarf aufgrund Einführung neuer IT-Verfahren			1	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2016 realisiert und im HH 2017 nachvollzogen

in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2017 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)

in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2017 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
A9 LG 2.1	3	2016	am 31.07.2018 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 3 Jahren (31.07.2018) gem. § 15 Nr. 1 Haushaltsgesetz 2015			3	
A9 LG 1.2	6	2016	am 31.12.2019 Mehrbedarf Fachbereiche Versorgung/ Besoldung/Entgelt			6	
A8	1	2015	am 31.10.2022 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers nach Altersteilzeit			1	
A6 LG 1.2	8	2016	am 31.07.2018 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 3 Jahren (31.07.2018) gem. § 15 Nr. 1 Haushaltsgesetz 2015			8	
428 01							
E9	13	2016	am 31.12.2019 Mehrbedarf Fachbereiche Versorgung/ Besoldung/Entgelt ("kleine" E 9)			13	
E9	8	2016	am 31.12.2019 Mehrbedarf Fachbereich Beihilfe ("kleine" E 9)			8	
E9	3	2016	am 31.12.2019 Mehrbedarf aufgrund Einführung neuer IT-Verfahren			3	
E9	2	2016	am 31.12.2019 Mehrbedarf Einführung eBeihilfe ("kleine" E 9)			2	
E9	2	2016	am 31.12.2019 Mehrbedarf Fachbereich Beihilfe ("kleine" E 9)			2	
E9	1	2016	am 31.12.2019 Mehrbedarf Fachbereiche Versorgung/ Besoldung/Entgelt ("kleine" E 9)			1	
E5	6	2016	am 31.12.2019 Bedarf Validierer eBeihilfe	6			
E5	6	2016	am 31.12.2019 Bedarf Validierer eBeihilfe			6	
Summe				8	7	97	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2016 realisiert und im HH 2017 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2017 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2017 unverändert weiter ausgebracht

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

ku-Vermerke 2016

Kapitel Titel		Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	ku-Vermerke			Bemerkung
aus BesGr. EntgeltGr.	in BesGr. EntgeltGr.				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei								
422 01								
A14	A8	2	2016	am 01.07.2018 Umwandlung von A14 nach A 8 (Rückgabe der Leihstellen)			2	Umwandlung von A14 nach A 8 (Rückgabe der Leihstellen)
Summe					0	0	2	

in Spalte 6: ku-Vermerk im Jahr 2016 realisiert und im HH 2017 nachvollzogen
in Spalte 7: ku-Vermerk im HH 2017 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 8: ku-Vermerk im HH 2017 unverändert weiter ausgebracht

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Neue Stellen 2017

Kapitel	Beamten und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
03 01	Ministerpräsident, Staatskanzlei			
	A15		Stellvertretende Leitung Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung	1
	A14		Neuaufstellung der Teilpläne zur Ausweisung von Windenergieeignungsflächen mit kw-Vermerk	2
	A14		Beraterpool Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung	2
	A9 LG 2.1		Gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 zur Übernahme einer geprüften Nachwuchskraft mit kw-Vermerk	1
	A6 LG 1.2		Gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 zur Übernahme einer geprüften Nachwuchskraft mit kw-Vermerk	1
		E14	IT-Projektleitungen für Großprojekte	2
		E13	IT-Projektleitungen für Großprojekte	3
03 12	Dienstleistungszentrum Personal - DLZP			
	A9 LG 2.1		Gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 zur Übernahme von geprüften Nachwuchskräften mit kw-Vermerk	4
	A6 LG 1.2		Gem. § 15 Nr. 1 HG 2016 zur Übernahme von geprüften Nachwuchskräften mit kw-Vermerk	2
			E11	Mehrbedarf aufgrund Anspruch auf Versorgungsauskunft
		E9	Mehrbedarf aufgrund Anspruch auf Versorgungsauskunft	2
Summe	13	8		21

03 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Einsparungen 2017

Kapitel	Beamten und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
03 01	Ministerpräsident, Staatskanzlei			
	A13 LG 2.1		Realisierung kw-Vermerk	1
	A13 LG 2.1	E6	Realisierung kw-Vermerk 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020	1
03 12	Dienstleistungszentrum Personal - DLZP			
		E5	Minderbedarf 2017 wegen Nichteinführung Stufe 1b eBeihilfe (Realisierung des kw-Vermerks)	6
		E4	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020	1
		E2	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020	1
Summe	2	9		11